

Wien, 28. September. (Besprechung der deutschfreihellen Abgeordneten von Kärnten.) Die deutschfreihellen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Kärntens hielten in Klagenfurt eine Beratung ab, bei welcher Berichte über eine Reihe wichtiger kärntner Landesangelegenheiten, insbesondere über die Lebensmittelverfügungsfragen erstattet wurden. Von mehreren Rednern wurde die Forderung der Errichtung eines Reichsernährungsamtes aufgestellt, von dem jedoch nur dann ein Erfolg zu erwarten sei, wenn an seine Spitze eine starke, unparteiische und mit weitestgehenden Vollmachten ausgestattete Persönlichkeit berufen werde. Bei Besprechung der innerpolitischen Lage wurde zu den im Vordergrund der politischen Erörterung stehenden Fragen im selben Sinne Stellung genommen, wie dies in der letzten Zeit bereits in einer Reihe von Beratungen österreichischer Parteien der verschiedenen Richtungen geschah. An der Besprechung nahmen 30 Abgeordnete, auch die des verfassungstreuen Großgrundbesitzes von Kärnten teil. Alle beherrschte der Geist der Zuversicht und der Wille des festen Durchhaltens, von dem die Bevölkerung Kärntens getragen ist, kam klar zum Ausdruck.

Wien, 28. September. (Einheitsbestrebungen in Krain.) Aus Laibach wird berichtet: Zur Schaffung eines gemeinsamen nationalen Programms wurden unter den slowenischen Parteien seit längerer Zeit Verhandlungen eingeleitet, um eine Vereinigung herbeizuführen. Bisher ist die slowenisch-merikale Volkspartei diesen Verhandlungen ferngeblieben. Nach der durch den Austritt des Dr. Krel und seiner engeren Gefinnungsgenossen erreichten Klärung der inneren Parteiverhältnisse hat jetzt die slowenische Volkspartei als die größte Partei im Lande selbst eine Initiative zur Schaffung einer einheitlichen slowenischen, nationalen, politischen Organisation ergriffen. Dr. Susteršic veröffentlichte im "Slovenec" einen Artikel, in welchem er unter anderem sagt: "Die slowenische Volkspartei ist bereit, auch die anderen Parteien an dem Genuße des von ihr angesammelten politischen Kapitals teilnehmen zu lassen. Sie muß jedoch verlangen, daß sie im Rahmen der Konzentration ungehindert ihr erprobtes Parteiprogramm auch weiterhin betätigen kann. Die beiden Hauptgrundsätze für jede politische Konzentration müssen nach wie vor bleiben: Treue gegenüber der Dynastie und gemeinsamer Widerstand gegen jede Bewegung, die sich in entgegengesetzter Richtung äußern würde oder die in dieser Beziehung auch nur unklar wäre; ferner volle Achtung der Lehren und Einrichtungen der katholischen Kirche und ihrer Freiheit."